



**PLENARSITZUNG VOM 7. JUNI 2019
SÉANCE PLÉNIÈRE DU 7 JUIN 2019**

**Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen
im Grenzraum CH-D-F am Oberrhein**

**Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung am 7. Juni 2019 und auf Vorschlag
der Kommission Verkehr — Raumordnung — Katastrophenhilfe,**

1. betont, dass die Zukunftsfähigkeit der trinationalen Metropolregion Oberrhein insbesondere auch von leistungsfähigen grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastrukturen abhängt;
2. knüpft mit den nachstehenden Forderungen an seine Resolution vom Dezember 2018 zum Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Frankreich an;
3. bekräftigt seine Resolutionen aus den Jahren 2012 und 2016, in denen er die besondere Bedeutung einer Bahnanbindung des EuroAirports an das Europäische Verkehrsnetz für den Oberrheinraum betont hat;
4. hebt hervor, dass eine umweltfreundliche Bahnanbindung für den regionalen Personenverkehr nicht nur den Flugreisenden und Angestellten des EuroAirports zugutekommt, sondern auch attraktive und schnelle Bahnverbindungen im Regionalverkehr zwischen Frankreich und der Schweiz zustande kommen lässt und eine Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz ermöglicht, insbesondere an die LGV Rhin-Rhône, deren Ostast ohne Verzögerung vom

französischen Staat verwirklicht werden muss, wie vom Oberrheinrat bereits im Jahr 2018 gefordert; zudem könnten mit der Bahnanbindung in einem längeren Zeithorizont auch die Strecken nach Freiburg (Breisgau) und Rheinfelden (CH) über Basel umsteigefrei an den EuroAirport angebunden werden;

5. appelliert deshalb erneut an die Regierungen in Frankreich und der Schweiz, sich auf einen Finanzierungsplan zu einigen, damit die Bahnanbindung für den Zeithorizont 2028 fertiggestellt werden kann; begrüßt in diesem Zusammenhang, dass das Land Baden-Württemberg einen finanziellen Beitrag zu dem Vorhaben leisten will;
6. bekräftigt, dass mit dem Ausbau der trinationalen S-Bahn Basel mittels des „Herzstücks“ (unterirdische Verbindung der Bahnhöfe Basel SBB und Badischer Bahnhof) das fehlende zentrale Verbindungsstück zwischen den deutschen, französischen und schweizerischen Infrastrukturen der S-Bahn geschaffen würde;
7. begrüßt deshalb, dass Schweizer Nationalrat und Ständerat im Strategischen Entwicklungsprogramm (STEP) für den Ausbauschnitt 2035 neben Planungsmitteln auch Projektierungsmittel in Höhe von 100 Mio. CHF zum Bau des „Herzstücks“ bewilligt haben;
8. spricht sich dafür aus, die Bahnsteige im Bahnhof Olten auf 400 m zu verlängern, um den Fortbestand der internationalen Fernverkehrsverbindung Deutschland – Basel – Bern – Interlaken / Brig – Milano zu sichern;
9. bekräftigt seine Resolution aus dem Jahr 2016, in der er eine durchgehende Elektrifizierung der Hochrheinstrecke zwischen Basel und Singen gefordert hat und begrüßt ausdrücklich, dass sich die deutschen und Schweizer Partner am 26. Januar 2019 einig waren, dass über die Elektrifizierung hinaus auch ein Ausbau der Gleise mit Doppelspurinseln und neuen Haltestellen erforderlich ist;
10. betont in diesem Zusammenhang erneut, dass das Ziel der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke eine Optimierung des Personenverkehrs in der Region sein muss und lehnt Gefahrguttransporte auf der Strecke nachdrücklich ab;
11. fordert, den Ausbau und Elektrifizierung, für die die Deutsche Bahn derzeit den Zeitraum von 2025-2027 plant, angesichts der Bedeutung des Vorhabens schneller zu realisieren;

12. appelliert an den Bund, die von der Deutschen Bahn veranschlagte Gesamtinvestition für Ausbau und Elektrifizierung in Höhe von 290 Mio. Euro zu 60 % mit Mitteln über das Bundes-Förderprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu finanzieren und ersucht die weiteren Finanzierungspartner (Land Baden-Württemberg, Landkreise Lörrach und Waldshut, Schweizer Bund, Kantone Basel-Stadt und Schaffhausen) – wie in der gemeinsamen Absichtserklärung vom 7. März 2016 vereinbart – die übrige Finanzierung sicherzustellen;
13. spricht sich ferner dafür aus, das Angebot der Wiesentalbahn auf dem stärkstbelasteten Abschnitt zwischen Basel Badischer Bahnhof und Lörrach Hbf zu verdichten, ohne die Durchbindung bis Basel SBB einzuschränken;
14. bittet die Aargauer Regierung und die SBB, den jetzigen ungenügenden 1-Studentakt von Laufenburg nach Stein-Säckingen auf einen ½ -Stundenakt zu reduzieren; diese minimale Angebotssteigerung ist vor allem für Arbeitnehmende, Grenzgänger und Pendler entscheidend, um den öffentlichen Verkehr vermehrt zu nutzen;
15. bittet die Aargauer Regierung ferner, bei der Entwicklung des „Sissler-Feldes“, der größten Wirtschaftsfläche des Kantons Aargau, und bei der Verkehrsplanung (neuer Rheinübergang, Anschluss Hochrheinstrecke –„Sissler-Feld“ etc.) sich mit den süddeutschen Nachbarn abzustimmen, respektive koordiniert zu planen;
16. bekräftigt seine Resolution aus dem Jahr 2017, in der er eine zeitnahe Realisierung des Dritten Juradurchstichs (Wisenberg tunnel) gefordert hat. Das Projekt ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs im Oberrheingebiet und die gesamte Nord-Süd-Transversale und muss deshalb Eingang in die Schweizer Planung finden;
17. spricht sich dafür aus, die Palmrain-Eisenbahnbrücke wiederaufzubauen, mit der eine direkte Anbindung des Netzes der Deutschen Bahn an das französische Bahnnetz und damit später auch an den EuroAirport entstünde;

18. bittet darum, zu prüfen, ob zwischen Neuenburg und Basel Bedarf für eine weitere Rheinüberquerung besteht, um die Verkehrsverbindungen zwischen den drei Ländern zu verbessern;
19. bittet ferner um Prüfung, wie in der Agglomeration Basel Park- und Pool und Park- und Ride-Konzepte auszubauen sind, um die Innenstadt und angrenzende Gemeinden vom Autoverkehr zu entlasten;
20. hält zudem eine Prüfung für erforderlich, ob die Zahl der sicheren Radstellplätze an den Bahnhöfen im Grenzraum auszubauen ist; zudem sollten grenzüberschreitend die Radwege besser vernetzt und ausgeschildert werden;
21. spricht sich zudem dafür aus, baldmöglichst die Situation an den Autobahngrenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfeldern wie auch an dem Grenzübergang Saint-Louis zu verbessern, da der dortige Mangel an LKW-Plätzen zu zeitweise unerträglichen LKW-Staus führt, welche die Unfallgefahr erhöhen; geprüft werden sollte deshalb neben einer Ausweitung des LKW-Parkraums auch die Einrichtung von Vorstauräumen sowie eine Ausweitung der Abfertigungszeiten.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- die Abgeordneten der nationalen Parlamente aus dem Oberrheinraum
- die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung
- das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
- die Landesregierung Baden-Württemberg
- die Landesregierung Rheinland-Pfalz
- die Regierung der Französischen Republik
- die Région Grand Est
- die Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin
- den Schweizer National- und Ständerat
- den Schweizer Bundesrat
- die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
- die Regierung des Kantons Aargau
- die kantonalen Parlamente der Nordwestschweiz zur Kenntnis
- die Oberrheinkonferenz zur Kenntnis.
